

Stadt darf bei der Verhütung zahlen

Innenministerium hat keine Einwände

VON RAINER BREDA

HILDESHEIM. Frauen mit geringem Einkommen können bald auf einen Zuschuss der Stadt hoffen, wenn sie eine Spirale oder andere Verhütungsmittel kaufen wollen: Das Land hat trotz der schlechten Hildesheimer Finanzlage nichts gegen ein entsprechendes Hilfsprogramm.

Ein wenig ängstlich waren sie schon in der rot-grünen Mehrheitsgruppe. So sehr den Politikern der 5000-Euro-Sonderfonds für Verhütungsmittel auch am Herzen lag, der Hartz-IV-Empfängern und anderen ärmeren Menschen den Kauf von Spiralen ermöglichen soll: Bevor die Stadt das Geld wirklich freigibt, sollte sie auf Wunsch der Politiker unbedingt mit dem Innenministerium klären, ob dieses darin einen Verstoß gegen den Zukunftsvertrag sieht. Denn der Fonds ist eine freiwillige Leistung. Und die sind durch das Abkommen gedeckelt.

Doch das Ministerium hat an dem Verhütungszuschuss nichts auszusetzen. Nach Angaben von Pressesprecher Matthias Eichler hat es den Haushaltsplan genehmigt – einschließlich des Fonds. Der sei zwar für das Ministerium in dem Etat wegen dessen Systematik „so selbst nicht erkennbar“. Aber das müsse er auch nicht. Das Ministerium betrachte die freiwilligen Leistungen bei der Überwachung des Zukunftsvertrages insge-

samt, es stelle nicht auf Einzelmaßnahmen ab. Die Kommunalaufsicht würde eine derartige Position auch weder rügen noch kritisieren, denn dies wäre bei einem ausgeglichenen Haushalt wie in Hildesheim ein unangemessener Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, betont Eichler.

Für das Rathaus heißt das: Es kann demnächst damit beginnen, die Zuschüsse zu vergeben. Zuvor werde die Verwaltung die Bedingungen und den Ablauf kommunizieren, kündigt Rathausprecher Helge Miethe an. Nach derzeitigem Stand sollen die Frauen den Zuschuss formlos in Beratungsstellen beantragen können. Diese nehmen dazu Stellung und leiten den Antrag dann

dem Fachbereich Soziales und Senioren zu, der ihn prüft und bewilligt, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen. Der Arbeitskreis der Schwangerenberatungsstellen in Hildesheim begrüßt den Sonderfonds. Die Erfahrung zeige, dass Frauen, die existenzsichernde Leistungen bezögen, oft aus finanziellen Gründen auf sichere Verhütungsmittel verzichten müssten, hatte die Gruppe nach dem Ratsbeschluss seinerzeit erklärt. Die Not sei oft so groß, dass Frauen ungeplante Schwangerschaften in Kauf nehmen müssten. Dem Arbeitskreis gehören die Arbeiterwohlfahrt, der Caritasverband, das Diakonische Werk, Donum Vitae, Pro Familia und der Sozialdienst katholischer Frauen an.

